

Reallohnrückstand des Berner Staatspersonals unbestritten.

„Nicht zur Provinz werden“

Beim Bund ist eine Besoldungsvorlage, die den Bundesbeamten und den Bedientesten der Regiebetriebe ab kommendem Jahr eine Realloohnerhöhung von 2 Prozent und für das laufende Jahr eine generelle Herbstzulage von 600 Franken bringt, vom Nationalrat mit grossem Mehr gutgeheissen worden. Der Ständerat wird kaum zurückbuchstabieren. Bleiben nur im Kanton Bern die Beamtenlöhne eingefroren?

Der Verband industrieller Arbeitgeber von Bern und Umgebung ist vergangene Woche vehement gegen eine Lohnaufbesserung der Bundesbeamten aufgetreten, weil damit das Lohngefüge in der Region in Bewegung gerate. Der Aufruf hat keine Wirkung gezeigt, obwohl er von einem bekannten Werbebüro verfasst worden ist.

Der kantonale Finanzdirektor Ueli Augsburgberger möchte eine Lohndiskussion auf der Ebene des Kantons vorläufig noch zurückstellen, bis das Resultat der Volksabstimmung über die Initiative „100'000 sind genug“ vorliegt. Es müsse zuerst einmal verhindert werden, dass der Kanton Bern zur Provinzialität absinke, was bei einer Annahme des Volksbegehrens programmiert wäre, wie Augsburgberger meint. Der Kanton würde dann jede gehaltmässige Konkurrenzfähigkeit bei Schlüssel- und Kaderpositionen verlieren, sei es im universitären Bereich, bei den Mittelschulen, den staatlichen Spitälern, insbesondere der Insel, und bei Chefstellen in der Verwaltung, wo ebenfalls hochqualifizierte Leute tätig seien. „Das Funktionieren des Staates Bern würde in Frage gestellt“, erklärt der Finanzdirektor. Die Debatte im Nationalrat habe aufgezeigt, dass sich die öffentliche Hand ins „marktmässige Geschehen“ im Lohnbereich einzuordnen habe. Die gewährte Realloohnerhöhung sei gerechtfertigt.

BT: Der Reallohnrückstand beim kantonalen Personal?

Augsburger: Das Staatspersonal hat seit 1972 keine reale Lohnerhöhung mehr erhalten, also seit 16 Jahren. Man darf daher füglich sagen, dass beim Kanton von überhöhten Gehältern überhaupt nicht die Rede sein kann. Nicht nur der Bund, auch die Stadt Bern waren in den vergangenen Jahren grosszügiger, auch in der Privatwirtschaft sind öfters Realloohnerhöhungen gewährt worden. Im übrigen spricht man immer von den Beamten. Dabei arbeitet der überwiegende Teil des Staatspersonals in Dienstleistungsbetrieben, in Schulen, die Universität eingeschlossen.

BT: Wie hoch würden Sie den gegenwärtigen Lohnrückstand beziffern?

Augsburger: Irgendeine genaue Prozentzahl zu nennen, wäre unseriös. Es sind in den letzten Jahren auch Umschichtungen und Funktionsänderungen innerhalb des Personals eingetreten, die bei einer Besoldungsrevision zu berücksichtigen sind.

BT: Gut, nicht im Detail, aber wie schwer müsste das Gesamtpaket etwa sein?

Augsburger: Bei konservativer Schätzung dürfte sich - gesamthaft - der Lohnrückstand in einer Spanne von 7 bis 10, sagen wir vorsichtiger 5 bis 10 Prozent bewegen. Mit der Revision des Beamtengesetzes muss ein Ausgleich geschaffen werden, wobei, wie gesagt, die Ämterklassifikation in einigen Bereichen neu zu ordnen ist.

BT: Abgesehen vom „Markt“, der Anpassungen unabdinglich macht: Was wird mit einer neuen Lohnordnung bezweckt?

Augsburger: Wir wollen beim Kanton Löhne zahlen, die uns in die Lage versetzen, der Bevölkerung im Kanton Bern zeitgemässe Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wissen wir aber, dass wir den Franken nur einmal ausgeben können. Deshalb sind Prioritäten zu setzen. Es ist zwischen Notwendigem und Wünschbarem zu unterscheiden. Gesundheitswesen, Fürsorge und Ausbildung gehören dabei für mich zum Notwendigen. Ausgaben in diesem Bereich sind wichtiger, als eine Strasse von 2,8 m auf 3 Meter zu verbreitern.

BT: Wie steht es mit den Kontakten zum Staatspersonalverband und zum VPOD?

Augsburger: Wir pflegen einen intensiven Gedankenaustausch. Es ist meine Aufgabe, eine schöne Aufgabe, mit den Sozialpartnern zu kommunizieren.

BT: Über Lohnerhöhungen zu reden, ist das eine, dann zu handeln das andere.

Augsburger: Wir werden über die Lohnrunde nicht nur sprechen, wir werden auch etwas tun.

Der Staatspersonalverband hat bisher keine konkreten Forderungen gestellt. In verschiedenen Eingaben sind aber Realloohnerhöhungen gefordert worden. Solange die Initiative „100'000 sind genug“ noch hängig ist, wird, weil sinnlos, vorläufig nicht neu angeklopft. Lohnerhöhungen seien jedoch überfällig, erklärte man von Seiten des Staatspersonalverbandes.

Berner Tagwacht, 19.3.1988.

Berner Tagwacht > Lohnerhoehungen. Verwaltung. TW, 1988-03-19